



Urteil im Verfahren LSG-BY-2013-09-28

In der Sache LSG-BY-2013-09-28

– Antragsteller –

gegen

Vorstand des ■ **KV** ■ der Piratenpartei Deutschland,

vertreten durch ■

– Antragsgegner –

wegen

Einspruch gegen Ordnungsmaßnahme

erlässt das Landesschiedsgericht aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 18.12.2013 folgendes

Urteil

1. **Der Einspruch des Antragstellers vom 27.09.2013 gegen die Ordnungsmaßnahme des ■ **KV** ■ vom 25.07.2013, zugegangen am 30.07.2013, wird verworfen.**
2. **Die Ordnungsmaßnahme des ■ **KV** ■ wird ohne Abmilderung aufrecht erhalten.**

I. Sachverhalt

Der Antragsteller veröffentlichte auf seinem Blog einen Text (■ **URL** ■) am 30.06.2013, in dem er im Zeitraum vom 30.06.2013 bis mindestens zur mündlichen Verhandlung am 18.12.2013 folgende Äußerungen (Schreibweise wörtlich übernommen):

*„Ich empfinde diesen Akt als missglückten Versuch der ■ **Ort** ■ Vorstandsmafia unter Führung eines Oligarchen mit Namen ■ **Z** ■, einen unbequemen Piraten zum Schweigen zu bringen.“*

sowie

*„Ich stelle fest, das der ■ **Vorstand BzV** ■ und hier ganz besonders der 1. Vorsitzende ■ **Z** ■ unter einem totalen Realitätsverlust leidet und ihm begriffe wie Recht und Demokratie fremder sind als einem russischen Oligarchen.“*

Daraufhin forderte der Vorstand des ■ **KV** ■ den Antragsteller aufgrund eines Beschlusses vom 10.07.2013 mit Schreiben vom 12.07.2013 auf, hierzu Stellung zu nehmen. Der Antragsteller machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch.

Daraufhin verhängte der ■ **KV** ■ die nunmehr streitgegenständliche Ordnungsmaßnahme. Diese wurde damit begründet, dass der Straftatbestand der Beleidigung zu Lasten der in der Stadt ■ **Ort** ■

– 1 / 8 –

Das Landesschiedsgericht der Piratenpartei Bayern wird vertreten durch:

Christian
Reidel
Vorsitzender Richter

Sören
Liebich
Richter

Holger
van Lengerich
Richter

Anna
Lang
Ersatzrichter

Feng
Li
Ersatzrichter

Thomas
Mayer
Ersatzrichter



aktiven Piraten, die Vorstandsämter in Kreis- und Bezirksverband bekleiden, erfüllt sei. Die Bezeichnung als „Vorstandsmafia“ gehe über das einer politischen Auseinandersetzung im Hinblick auf die Meinungsfreiheit zulässige Maß hinaus, da es neben den politischen Aspekten der Äußerung die betroffenen Vorstandsmitglieder in ihrer Ehre herabsetze, was auch in der Absicht des Antragstellers gelegen habe. Die Bezeichnung als Mafia lasse sich nicht anders verstehen, als dass der Antragsteller diesen Piraten jegliche charakterliche Integrität absprechen wolle.

Die Bezeichnung des Piraten **■ Z ■** als „Oligarchen“ sei geeignet, ihn direkt mit kriminellen Machenschaften in Verbindung zu setzen und ihn und andere Piraten nach außen und innen zu diffamieren.

Der Antragsteller begründet seinen Einspruch dann mit seiner Meinung nach bestehenden formellen und materiellen Mängeln. In formaler Hinsicht hält der Antragsteller die Maßnahme für unwirksam, weil aus der OM nicht hervorgehe, wer den Antrag auf deren Erlass gestellt habe. Er hält den **■ KV ■** für unzuständig.

In materieller Hinsicht vertritt er die Auffassung, dass für den Fall, dass eine Beleidigung vorliege, den vermeintlich Geschädigten der Weg zu den ordentlichen Gerichten frei stehe und verweist auf einen Vorstandsbeschluss des **■ BzV ■** vom 09.01.2013, der sich mit dessen Meinung nach erforderlichen Voraussetzungen für den Erlass einer Ordnungsmaßnahme beschäftigt.

Zuletzt vermutet der Antragsteller die streitgegenständliche OM als weiteren Versuch, einen unbequemen Piraten zum Schweigen zu bringen.

Beide Parteien haben ihr Interesse an einer physischen und öffentlichen Verhandlung bekundet. Das LSG verhandelte die Angelegenheit physisch und öffentlich am 18.10.2013, es wurden die Antragsgegner seits benannten Zeugen **■ A ■** und **■ B ■** vernommen. Das Urteil wurde am 18.12.2013 nach eingehender Beratung des LSG einstimmig erlassen und vom Vorsitzenden verkündet.

II. Entscheidungsgründe

Der gegen die streitgegenständliche Ordnungsmaßnahme eingelegte Einspruch ist zulässig, hat jedoch in der Sache keinen Erfolg.

A. Formales

1.

Die allgemeinen Formalia des Einspruchs wurden geprüft, es ergaben sich keine Beanstandungen, auch nicht durch die in der mündlichen Verhandlung hierzu befragten Parteien.

2.

Die dem Einspruch vorangegangene Ordnungsmaßnahme war ebenfalls formal korrekt zustande gekommen. Insbesondere wurde ein ordnungsgemäßer Vorstandsbeschluss gefasst, sowie zuvor dem Antragsteller die Möglichkeit zur Stellungnahme vor Verhängung gegeben.

Soweit der Antragsteller moniert, aus der Ordnungsmaßnahme gehe nicht hervor, wer Antragsteller sei, so ist dies nach Auffassung des LSG irrelevant. Es sind keine Vorschriften ersichtlich, die einen ordnungsgemäß gefassten Beschluss deswegen unwirksam machen würden, weil nicht hervorgehe,



wer Antragsteller sei, oder ob überhaupt ein Antrag gestellt wurde. Ein Beschluss eines Vorstands kann nach Auffassung des LSG auch ohne förmlichen Antrag gefasst werden, entscheidend ist die Ordnungsgemäßheit der Beschlussfassung selbst, was der Antragsteller auch nach ausdrücklicher Befragung nicht moniert hat.

3.

Sofern der Antragsteller moniert, die streitgegenständliche Ordnungsmaßnahme sei deckungsgleich mit der vom **KV** gegen ihn erlassenen, vom 01.10.2013, ist festzustellen, dass eine Identität des Streitgegenstands nicht vorliegt. Aus der Ordnungsmaßnahme vom 01.10.2013 geht ausdrücklich hervor, dass diese sich auf einen anderen – späteren – Zeitraum bezieht als die streitgegenständliche. Sie wurde ausweislich deren Begründung verhängt, weil sich der Antragsteller trotz Aufforderung weigerte, seinen Blogbeitrag zu löschen oder zu entschärfen. Damit baut die Ordnungsmaßnahme vom 01.10.2013 auf der hier streitgegenständlichen auf und ist hinsichtlich ihres Ahndungsgehalts nicht deckungsgleich mit dieser. Aus diesem Grund konnte auch dahinstehen, ob die Ordnungsmaßnahme vom 01.10.2013 bereits rechtskräftig ist oder nicht, da eine doppelte Rechtskrafterstreckung wegen unterschiedlicher Streitgegenstände nicht denkbar ist.

B. Materielles

Der Einspruch ist unbegründet.

1. Verstoß gegen die Ordnung der Partei

Es kann offen bleiben, ob dieser streitgegenständlichen OM zugrundeliegenden Blogbeiträge den Straftatbestand der Beleidigung erfüllen oder nicht. Das LSG vertritt zwar die Auffassung, dass eine unzweifelhaft vollendete Beleidigung eines Piraten gegen einen anderen eine Störung der Parteiordnung darstellt, gleichwohl kann dies vorliegend offen bleiben.

Der Begriff eines Verstoßes gegen Grundsätze oder Ordnung der Piratenpartei Deutschland im Sinne des § 6 I S. 1 der Bundessatzung ist nur eingeschränkt definiert. Im Hinblick nicht nur auf den hier zu entscheidenden Fall legt das LSG daher folgende Maßstäbe an:

a) Aus § 4 I der Bundessatzung ergibt sich, dass jeder Pirat die Pflicht hat, im Rahmen der Bundessatzung und der Satzung seines Landesverbandes die Zwecke der Piratenpartei Deutschland zu fördern.

aa) Die Piratenpartei Deutschland nimmt für sich in Anspruch, die Partei zu sein, welche die fundamentalen Veränderungen in Technologie und Gesellschaft, insbesondere im Bereich der neuen Medien und der Art der Kommunikation als erste politische Partei verstanden hat und diese Herausforderung angenommen hat.

bb) Gerade im Bereich der Kommunikation hat sich bereits in den letzten Jahrzehnten und vor Gründung der Piratenpartei die sog. Netiquette herausgebildet, die nicht abschließend definiert ist, der in ihren unterschiedlichen Ausprägungen jedoch einige fundamentale Eckpunkte in all ihren Aus-



prägungen gemein sind. Hierzu gehören bei virtueller Kommunikation – sei es in Foren, Blogbeiträgen, Mailinglisten oder sonst den im virtuellen Bereich zu Kommunikation genutzten Medien und Plattformen folgende, nicht abschließend aufgezählte Maßstäbe bzw. Anforderungen:

- formal korrekter/höflicher und respektvoller Umgang miteinander
- Unterlassen von Beleidigungen oder Äußerungen, die als beleidigend empfunden werden können
- diffamierende und diskriminierende Äußerung gegen Einzelpersonen oder Gruppen von Menschen mit wie auch immer gearteten Gemeinsamkeiten.

Vereinfacht gesprochen könnte man auch sagen, dass allgemein anerkannte Kommunikationsregeln in der physischen Welt entsprechend im Netz Anwendung finden und in Nettiquetten o.g. Ausprägungen seinen Niederschlag gefunden haben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der politischen Ziele, Ausrichtung und Zukunftsgerichtetheit der Piratenpartei ist daher aus § 4 I S. 1 der Bundessatzung herzuweisen, dass die Kommunikation in der Netzgemeinde zumindest im Grundsatz unstrittigen Regeln ein Parteiziel ist, welches von jedem Mitglied der Piratenpartei Deutschland zu fördern ist.

Nachdem die parteiinterne und externe Kommunikation der Piratenpartei extrem netzbasiert ist, ist deren ordnungsgemäßer Ablauf als einer der Eckpfeiler der Parteiordnung zu sehen. Demzufolge stellt ein Verstoß eines Piraten gegen die in der Netzgemeinde unstrittigen Grundsätze einen Verstoß gegen die Parteiordnung dar, sofern der Verstoß im Zusammenhang mit der Partei steht. Inwieweit ein Verstoß gegen die Parteiordnung auch dann anzunehmen ist, sofern die Kommunikation eines Piraten sich nicht unmittelbar auf die Partei bezieht, kann vorliegend dahinstehend bleiben.

b) Ein weiterer Eckpfeiler des piratigen Grundverständnisses und der politischen Ziele der Piratenpartei liegt im Transparenzgedanken. Es ist innerhalb der Piratenpartei völlig unstrittig, dass sämtliche politisch relevanten Vorgänge – seien sie innerhalb oder außerhalb der Partei und abgesehen von engstens zu definierenden Ausnahmefällen – nachvollziehbar zu sein hat. Hierbei ist regelmäßig eine Abwägung zwischen dem Anspruch auf weitestmögliche Nachvollziehbarkeit und hierdurch beeinträchtigten Persönlichkeitsrechten vorzunehmen. Im Hinblick auf die Parteiarbeit bedeutet dies für Vorstände regelmäßig, dass ihr Persönlichkeitsrecht hinter dem Transparenzanspruch der Piratenpartei zurückzutreten hat. Ein Vorstand hat bei im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit stehenden Vorgängen insbesondere keinen Anspruch auf Anonymität im Internet, der in der Piratenpartei grundsätzlich ebenfalls völlig unstrittig ist.

Gleichwohl ist der Rang des Persönlichkeitsrechts bedeutend und eine Abwägung vorzunehmen. Vor genannte Einschränkung des Rechts eines Vorstandsmitglieds auf Anonymität im Internet ist durch den Transparenzgedanken der Piratenpartei gerechtfertigt.

Gleichwohl respektiert die Piratenpartei das Persönlichkeitsrecht, was sich beispielsweise aus dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei (Kapitel 9) ergibt, wo es heißt:



„Transparenz des Staatswesens findet seine Grenzen in dem Schutz des Persönlichkeitsrechts.“

Die Piratenpartei ist als politische Partei Teilhaber an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie hat in Bezug auf das Staatswesen eine Abwägung zwischen dem Transparenzgebot und dem Persönlichkeitsrecht vorgenommen. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit diese nach Abwägung von Rechten, die sich auf das Staatswesen insgesamt bezieht, im Hinblick auf die parteiinternen Strukturen anders gewichtet werden sollen. Die Piratenpartei ist eine politische Kraft mit einer inneren Organisation, aus der sich exakt die selben Abwägungsprobleme zwischen den Rechten ergeben, wie beim Staatswesen in Deutschland insgesamt.

c) Das Persönlichkeitsrecht kann – wie oben dargelegt – durch rechtfertigende Umstände einzuschränken sein.

Bei Äußerungen eines Piraten gegenüber anderen Piraten, die gegen vorgenannte Grundsätze verstoßen, sieht das LSG zumindest dann grundsätzlich keine Rechtfertigungsmöglichkeit, sofern nicht ein vorerfolgter gleichartiger Angriff zu einer notwehrähnlichen Situation oder sonstige Ereignisse zu einem psychischen Ausnahmezustand führen.

Beides ist beim Antragsteller nicht festzustellen.

d) Zuletzt ist noch zu berücksichtigen, dass die Schärfe einer inhaltlichen Auseinandersetzung bei einer politischen Partei anders zu werten ist, als in unpolitischen Foren oder sonstigen, nicht politischen Kommunikationsräumen im Netz. Das LSG vertritt analog der Rechtsprechung zur Grenze der Beleidigung in einer politischen Auseinandersetzung die Auffassung, dass im politischen Diskurs durchaus härtere Angriffe hinzunehmen sind als im unpolitischen Leben. Nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht zieht die Grenze dort, wo nicht nur eine einfache Schmähkritik mit einem sachlichen Bezug zu dem Diskussionsgegenstand vorliegt, sondern Maß und Inhalt einer Schmähkritik keinen ernsthaften Bezug zur Diskussion mehr erkennen lässt, m.a.W., sofern der Aspekt der Beleidigung und der Schmähkritik im Vergleich zum Diskussionsgegenstand überwiegt, ist ein sanktionierbarer Verstoß anzunehmen.

So liegt es auch hier.

Damit hat der Antragsteller mit seinen Blogbeiträgen gegen die Parteiordnung verstoßen.

2. Schaden für die Partei

Durch seine Äußerungen hat der Antragsteller auch einen Schaden für die Piratenpartei herbeigeführt.

Der Begriff des Schadens ist von der Bundessatzung ebenfalls nicht genauer definiert, ebenfalls ist hierzu bislang keine grundsätzliche Rechtsprechung ergangen.

Das LSG hatte daher zu prüfen, inwiefern die Äußerungen des Antragstellers einen Schaden mit Außenwirkung oder einen inneren Schaden für die Piratenpartei hervorgerufen haben.



a) Schaden nach außen Der Zeuge ■A■ hat glaubhaft ausgesagt, er sei von Nichtpiraten an Infoständen auf diesen Blogbeitrag angesprochen worden und musste sich in der Folge auf ein Gespräch über den inneren Zustand der Piratenpartei – wie er wohl allen Aktiven innerhalb der Piratenpartei an Infoständen bekannt ist – einlassen.

Nachdem der Blogbeitrag nicht geeignet war, einem unbefangenen Leser zu verdeutlichen, wo die – nach Auffassung des Antragstellers – liegende Rechtfertigung oder auch nur sachliche Grundlage dieser Äußerungen zu suchen ist, musste der Blogbeitrag in dieser Form bei Wahrnehmung durch Außenstehende die Außenwirkung der Piratenpartei insgesamt verschlechtern, da der bereits nach außen wirkende Eindruck verstärkt wurde, die Piratenpartei würde sich im Wesentlichen mit sich selbst und internen Querelen beschäftigen.

Selbst wenn diese Außenwirkung dem inneren Zustand der Piratenpartei entspräche, so ändert dies nichts an der Verpflichtung jedes Piraten, diesem Eindruck nach Möglichkeit entgegenzutreten und jedenfalls nicht selbst durch eigenes Verhalten diesen Eindruck/Zustand zu verstärken, das sowohl nach außen als auch nach innen, § 4 I Bundessatzung.

Die Bundessatzung quantifiziert nicht den Umfang eines Schadens. Das LSG hält es für erforderlich, jedoch auch für ausreichend, dass ein Schaden für die Partei zwar durchaus vorhanden und auch quantifizierbar sein muss. Umgekehrt hält es das LSG nicht für erforderlich, dass dieser Schaden schwer sein oder Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der Partei haben muss. Der Nachweis eines schweren Schadens ist gemäß § 6 Abs. 2 S. 1 der Bundessatzung ein Tatbestandsmerkmal eines Parteiausschlusses. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass zur Verhängung einer milderer Ordnungsmaßnahme eben kein schwerer, sondern nur ein signifikant messbarer Schaden ausreichend ist.

Nach den Angaben des Zeugen ■A■, die im Kern von keinem der am Verfahren Beteiligten in seinem Wahrheitsgehalt in Zweifel gezogen wurde, ist daher von einem Schaden für die Partei nach außen auszugehen.

b) Schaden nach innen Ein Schaden nach innen ist anzunehmen, wenn der Ablauf der Parteiarbeit durch die in Streit stehende Aktion beeinträchtigt war bzw. ist.

Vorliegend hat die Zeugin ■B■ als für den Wahlkampf Beauftragte ausgesagt, sie habe durch den Blogbeitrag zum Zeitpunkt, als sie davon erfuhr, einen sehr heftigen emotionalen Ausbruch gehabt und sei in den folgenden Wochen ohne jede Motivation und mit äußerst geringem Einsatzeifer ihren Aufgaben nachgekommen.

Auch diese Angaben hält das LSG für glaubwürdig, nachvollziehbar und widerspruchsfrei. Es verlässt sich hierbei nicht nur auf die naturgemäß subjektiven Angaben der Zeugin ■B■, sondern greift auf eigene Lebenserfahrung in der Parteiarbeit sowie allgemeine demotivierende Wirkung bei unsachlichen Angriffen durch andere Piraten zurück, auch wenn man nicht selbst im Fokus des Angriffs steht. Vorliegend war und ist die Zeugin ■B■ die Partnerin eines der Angegriffenen und die Parteiarbeit ist fester Bestandteil auch des Privatlebens der beiden.



Selbstverständlich führt nicht jede andere Piraten demotivierende Äußerung eines Piraten zu einem Schaden für die Partei im Sinne von § 6 der Bundessatzung. Auch hier ist zu fragen, ob die Äußerung gegebenenfalls gerechtfertigt war. Hier gilt das unter Ziff. 1 b) Gesagte jedoch entsprechend.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass es bei der Beurteilung einer demotivierend wirkenden Äußerung nicht auf die Einschätzung oder Intention des Äußernden, sondern des Hörenden, ankommt. Allgemeine Rechtfertigungen, die beispielsweise postulieren, dass man in der Politik oder als Vorstand halt etwas aushalten müsse, sind weder ein Glaubenssatz, noch finden sie einen Niederschlag in der Bundessatzung.

Wenn die Piratenpartei ihre selbst für sich in Anspruch genommene Kompetenz glaubwürdig nach außen vertreten will, hat sie diese in aller Konsequenz auch auf die Kommunikation im virtuellen Raum zu übertragen und notfalls durchzusetzen.

3.

Nach alledem war der Einspruch des Antragstellers vollumfänglich zu verwerfen. Eine Abmilderungsmöglichkeit kam nicht in Betracht, zudem der Antragsteller durch etliche seiner Äußerungen auch in der mündlichen Verhandlung (nicht zuletzt in einem Schreiben an das LSG durch einen direkten Vergleich einer von ihm kritisierten Handlung anderer Piraten mit einer angestrebten -so wörtlich - „Endlösung“, die es wohl heutzutage nicht mehr gebe) deutlich gemacht hat, dass er nicht im Ansatz verstanden hat, worin sein Verstoß gegen die Parteiordnung liegt. Durch die vollumfängliche Aufrechterhaltung der angegriffenen Ordnungsmaßnahme soll dem Antragsteller auch vor Augen geführt werden, dass Verstöße gegen die Ordnung der Partei durch falsche Kommunikation entgegen allgemeiner Kommunikations- und Anstandsregeln keine Lappalie, sondern ernst zu nehmen sind.

Das LSG weist zuletzt darauf hin, dass allein die Wiederholung gleichartiger Verstöße schärfere Ordnungsmaßnahmen bis hin zu einem Parteiausschluss rechtfertigen kann, sofern die sonstigen Voraussetzungen (insb. beim Schaden für die Partei) gegeben sind.

Christian Reidel
Vorsitzender Richter

Sören Liebich
Richter + Berichterstatter

Holger van Lengerich
Richter



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei Bayern
Landesschiedsgericht
Schopenhauerstraße 71, 80807 München
schiedsgericht@piraten-bayern.de
München, den **14.01.2014**
AZ: **LSG-BY-2013-09-28**

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen dieses Urteil ist die Berufung statthaft. Die Berufung ist gem. §13 Abs. 2 SGO binnen 14 Tagen beim Bundesschiedsgericht¹ einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für den Lauf der Berufungsfrist ist die Zustellung des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung.

¹Kontakt <https://wiki.piratenpartei.de/Bundesschiedsgericht#Kontakt>

Das Landesschiedsgericht der Piratenpartei Bayern wird vertreten durch:

Christian Reidel	Sören Liebich	Holger van Lengerich	Anna Lang	Feng Li	Thomas Mayer
Vorsitzender Richter	Richter	Richter	Ersatzrichter	Ersatzrichter	Ersatzrichter